

Auszüge aus Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 zu einigen Themen aus dem Bürgerrechtsspektrum und Prognose für die kommende Ampel-Bundesregierung und deren Koalitionsvertrag

[Kommentierungen jenseits der Auszüge und Gehalte aus den Wahlprogrammen sind kursiv gesetzt oder mit eckigen Klammern eingefasst. Die Prognose ist selbstverständlich völlig subjektiv begründet und rein fiktiv.]

	SPD	GRÜNE	FDP	PROGNOSE ●●●
Videüberwachung	-	<i>Nebelkerze:</i> „Keine undifferenzierte Ausweitung von Videüberwachung“. [Das ist eine Nullaussage.] <i>Immerhin:</i> „Ablehnung biometrischer Identifizierung wie bspw. Gesichtserkennung.“	Ablehnung automatisierter Gesichtserkennung. <i>Nebelkerze:</i> „Keine flächendeckende Videüberwachung.“ [Das ist eine Nullaussage.] Dann das: „Eine intelligente Videüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten kann eine sinnvolle Ergänzung sein.“ [Das steht im sachlichen Widerspruch zur hier zuerst zitierten Aussage.]	Kein Rückbau des kranken de-Maizierschen „Videüberwachungsverbesserungsgesetzes“. Beibehaltung des Status Quo. Keine gesetzliche Verankerung der Zulässigkeit automatisierter biometrischer Identifizierungsmaßnahmen bspw. via Gesichtserkennung. Aber Verankerung oder Duldung automatisierter Verhaltenserkennung und -auswertung von Individuen und Menschengruppen.
Versammlungsfreiheit	-	<i>Außer einer Stelle mit einer Phrase keine Bezugnahme.</i>	-	Keine Stellungnahme zum oder Aufwertung des Versammlungsgrundrechts.
Staatstrojaner	<i>Nebelkerze:</i> „Eine technisch sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist für uns selbstverständlich.“ [Aber kein Wort zur Haltung zum Trojaner. Das ist hinterhältig und unehrlich.]	„Ablehnung des Infiltrierens technischer Geräte durch Staatstrojaner.“ [Hört sich gut an, passt aber nicht zum bisherigen (Ver)halten der „Grünen“ in der Realpolitik in den Ländern.]	<i>Nebelkerze:</i> „Keine Staatstrojaner, solange nicht sichergestellt ist, das der Kernbereich privater Lebensgestaltung geschützt ist.“ [Das eine schließt das andere technisch aus.] <i>Immerhin:</i> „Wenn einer staatlichen Stelle Sicherheitslücken bekannt werden, muss diese umgehend dem BSI gemeldet werden, um eine Schließung der Lücke herbeizuführen oder die Lücke zu veröffentlichen.“	Beibehaltung des Status Quo, also der Zulässigkeit des Einsatzes von Staatstrojanern bei Bundespolizeien, Zoll und Geheimdiensten. Möglicherweise Einführung einer zeitlichen Beschränkung der Zulässigkeiten in Zusammenhang mit einer Evaluationsformel und phrasiger Vorgabe, das Grundrecht auf Gewährleistung von Gewährleistung und Integrität von IT-Systeme zu achten.
Geheimdienste	Für „Verfassungsschutz“, „Verbesserung der Strukturen der Sicherheitsbehörden.“ [Das ist sehr pauschal und blankoscheck-artig.]	„Neuordnung des Verfassungsschutzes“. „Neustrukturierung zur Verbesserung der Analysefähigkeit.“ Stärkung der Kontrolle der Geheimdienste. „Regelung des Einsatzes menschlicher Quellen“ [Also Beibehaltung von Spitzelpraxis gegen Bezahlung.]	Konzentration/Zusammenziehung von Inlandsgeheimdiensten. GTAZ und GETZ sollen parlamentarisch kontrolliert werden, dafür aber eine Rechtsgrundlage erhalten und somit weiter betrieben werden. Verankerung des [schon längst aufgeweichten] Trennunggebots der Alliierten im Grundgesetz.	Keine Abschaffung von GTAZ, GETZ und weiteren gemeinsamen Arbeitszentren von Geheimdiensten und Polizeien. Kosmetische Reformen zum Inlandsgeheimdienst und zur parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste.
Vorratsdatenspeicherung	-	Ablehnung „anlassloser Vorratsdatenspeicherung“.	Quick-Freeze statt Vorratsdatenspeicherung.	Rücknahme oder Beschneidung der zuletzt 2015 gesetzlich neu verankerten Vorratsdatenspeicherung, deren Umsetzung zwischendurch gerichtlich gestoppt worden ist. Dieser Schritt wird dann vermutlich als politischer Erfolg von GRÜNEN und FDP gefeiert werden.
Polizei	Ausbau der Zollpolizei in Befugnissen, Ausrüstung und Personal. „Polizist*innen verdienen Anerkennung und Respekt“. Und bessere Bezahlung bei besseren Arbeitsbedingungen. Mehr Zusammenarbeit der deutschen Polizeien untereinander und mit Europol.	Mehr Geld und Befugnisse für den Zoll. Schaffung einer neuen „Finanzpolizei“. Mehr Geld für die Polizeien. Bessere Zusammenarbeit und mehr Datenaustausch. Lob der „guten Arbeit der Polizei“. „Stärkung der Polizei bei ihrer Arbeit zum Schutz der Grundrechte“. Mehr Personal, also mehr Polizei. „Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung.“ Mehr Zusammenarbeit der Polizeien auf EU-Ebene. „Gemeinsame europäische Polizeiteams, Aufwertung von Europol zum Europäischen Kriminalamt.“ Mehr internationale Einsätze der Polizei.	Ausbau von Europol zum Europäischen Kriminalamt. Mehr und bessere Ausstattung für die Polizeien. Kein Generalverdacht gegen die Polizei. Pseudonyme Kennzeichnungspflicht. Bessere Dokumentation von Gewalt und Übergriffen gegen [!] Polizist*innen. Bessere Ausrüstung, mehr Geld. Mehr Aufgabenabgabe/Befugnisse an/für private Sicherheitsdienste, also Privatisierung der Polizeiarbeit.	Mehr Polizei, d.h. höhere Gehälter, mehr Polizist*innen, mehr und bessere technische Ausrüstung, Zubilligung weiterer Befugnisse, keine Abkehr von der Besserstellung von Polizist*innen durch das in 2017 eingeführte Polizei-Sonderstrafrecht des StGB. Mehr Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten, dem Trennungsgesetz zuzwider laufend. Engagement für den Ausbau von Europol zum „EU-FBI“, obwohl das die EU-Verträge nicht zulassen.
Frontex	-	Kritik an Frontex-Menschenrechtsverletzungen. Einforderung von mehr parlamentarischer Kontrolle von Frontex. Aber keine Abschaffung.	Ausbau von Frontex, aber auch „strukturelle Reform“. Schutz der Außengrenzen. Übernahme von Seenotrettungsaufgaben durch Frontex. [Heutzutage nicht vorstellbar.] Menschenrechtsverletzungen wie die Pushbacks sollen sehr „ernst genommen werden“. Aufklärung dieser Vorfälle.	Keine Abschaffung von Frontex und keine Verabschiedung der EU-Festungs-Politik. Bemühung um Aufarbeitung von Pushbacks.

Quellen Wahlprogramme-Links: <https://www.bundestagswahl-2021.de/wahlprogramme/>

Grundlage dieses Dokuments ist der Wahlprogramm-Überblick vom 4.9.2021, siehe hier: <https://freiheitsfoo.de/2021/09/04/btw2021-wahlpruefsteine/>

Ein Dokument vom Blog freiheitsfoo.de. Unter der Creative-Commons-Lizenz CC-BY-SA. Stand: 9.10.2021

